

Resolution zur Städtebauförderung:

Die SGK Bayern fordert die Bundesregierung auf, die Kürzungen und inhaltlichen Beschränkungen bei den Städtebauförderungsmitteln und insbesondere bei der Sozialen Stadt zurückzunehmen. Die Städtebauförderung hat sich seit Jahrzehnten volkswirtschaftlich und politisch als eine der erfolgreichsten staatlichen Maßnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik erwiesen.

Die gerade von der Sozialdemokratie konzipierte und 1999 von Rot-Grün eingeführte Ergänzung der Städtebauförderung um das Programm Soziale Stadt hat nicht nur seitdem seinen Erfolg bewiesen, sondern dient auch anderen Ländern und in der Wissenschaft als Vorbild für moderne, integrative Politikansätze. Genau hier hat Schwarz-Gelb 70% der Mittel gestrichen, die förderfähigen Maßnahmen beschnitten und eine Übertragung von Haushaltsmitteln explizit verhindert. Unser Tagungsort Hof in Oberfranken ist ein gutes Beispiel für die Werthaltigkeit und Notwendigkeit dieses Förderprogramms, um den demografischen und sozialen Wandel in den Kommunen zu unterstützen. Die Knebelung der Sozialen Stadt, das Kürzen bei denen, die Unterstützung in den Kommunen am meisten nötig haben, können wir nur als Klassenkampf von oben bezeichnen. Die Kürzungen sind zurück zu nehmen.